

Landesumweltamt Brandenburg

Außenstelle Cottbus, Abt. Immissionsschutz
Genehmigungsverfahrensstelle
PSF 247, Am Nordrand 45, O-7500 Cottbus

┌ MIT POSTZUSTELLUNGSURKUNDE ─┐

VEAG
Vereinigte Energiewerke AG
Allee der Kosmonauten 29

O-1140 Berlin

└

└

Ihr Zeichen und Tag

Mein Zeichen

Cottbus, den **30.12.1992**

Genehmigungsbescheid

Nr. LUA-G 041/92

Auf den Antrag vom 14.09.1992 ergeht nach Durchführung des nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vorgeschriebenen Verfahrens folgende Entscheidung:

I

Der Firma VEAG Vereinigte Energiewerke AG in O-1140 Berlin, Allee der Kosmonauten, wird unbeschadet der Rechte Dritter aufgrund der § 6 und 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.d.F. vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.06.1992 (BGBl. I S. 1161), in Verbindung mit § 2, Anhang Spalte 1 Nr. 1.1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 24. Juli 1985 (BGBl. I S. 1586), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 28.08.1991 (BGBl. I S. 1838), die Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Kraftwerkes Jänschwalde in O-7520 Peitz, Gemarkung Neuendorf,

Flur 5, Flurstück 17/1 durch Nach- und Umrüstung des Kraftwerksblockes B, Kessel B1 und B2, zur primären Reduzierung der Stickstoffoxidemission erteilt.

Die Genehmigung umfaßt die Änderung der Beschaffenheit und des Betriebes der Dampferzeugeranlage des Kraftwerksblockes B durch die als feuerungstechnische Maßnahmen vorgesehenen Nach- und Umrüstungen der Feuerungsanlage zur Reduzierung der Stickoxidemissionen.

Die Nach- und Umrüstungen betreffen im wesentlichen.:

- die Kohlenstaubbrenner und den Kesseldruckteil
- die Zuführung von Verbrennungsluft und Rauchgas zum Feuerraum

und umfassen im einzelnen

- Ausbrandluftsystem 1
Verbindungskanäle und Verteilerkanäle
(rechte und linke Kesselseite)
Stichkanäle mit Ausbrandluftdüsen
- Ausbrandsystem 2
Verbindungskanäle und Verteilerkanäle
(rechte und linke Kesselseite)
Stichkanäle mit Ausbrandluftdüsen
- Staubsystem
Brüdenbrenner
Brüdenleitung mit Brüdenbrenner
- Umbau am Kesseldruckteil
Rohrausbiegung in den Membranwänden
- Kaltgasrezirkulationssystem
Rezirkulationsgebläse
Kaltgaskanäle (innerhalb und außerhalb des Kesselhauses) mit Rezi-Düsen

Die feuerungstechnischen Maßnahmen umfassen

1. Luftstufung mit Reduzierung des Luftüberschusses im Brennerbereich und Einbringung der Restverbrennungsluft als Ausbrandluft im oberen Teil des Feuerraums.
2. Primär- und Sekundärluft zum Brennerbereich
3. Brennerumbau auf eine modifizierte Brüdenfeuerung mit Brüdentrennsichter
4. Rauchgasrezirkulation

Der Genehmigung werden die in der Anlage 1 aufgeführten Nebenbestimmungen beigelegt. Sie sind Bestandteil dieses Genehmigungsbescheides.

Die in der Anlage 2 dieses Genehmigungsbescheides gegebenen Hinweise sind zu beachten.

II

Gemäß § 13 BImSchG schließt dieser Genehmigungsbescheid die Baugenehmigung nach § 62 des Gesetzes über die Bauordnung vom 13.08.1990 (GBI I Nr. 50, S. 929) sowie die Erlaubnis gemäß § 13 der Verordnung über Dampfkesselanlagen vom 27.08.1980 (BGBl. I S. 173), geändert durch das Gesetz vom 16.12.1986 (BGBl. I S. 2441), mit ein.

Planfeststellungen, Zulassung bergrechtlicher Betriebspläne, Zustimmungen und behördliche Entscheidungen aufgrund wasserrechtlicher und atomrechtlicher Vorschriften werden durch die Genehmigung nicht berührt (§ 13 BImSchG).

Dieser Genehmigungsbescheid gilt nur in Verbindung mit der Standortgenehmigung 12/74 B des Rates des Bezirkes Cottbus vom 30. Mai 1974 und der Anzeige nach § 67 a BImSchG vom 25.10.1990 an die Bezirksverwaltungsbehörde Cottbus, Umweltamt, sowie den dazu bereits ergangenen Änderungsgenehmigungen, insbesondere der Genehmigung LUA-G 014/91 vom 21.08.1992. Er ist diesen beizufügen.

III

Das Genehmigungsverfahren wurde entsprechend § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) vom 18.02.1977 (BGBl. I S. 274) i.d.F. vom 20.03.1992 (BGBl. I S. 536) durchgeführt.

Von der öffentlichen Bekanntmachung konnte abgesehen werden, da nicht zu erwarten ist, daß durch die Änderung - in Verbindung mit den Nebenbestimmungen - zusätzliche oder andere Emissionen oder auf andere Weise Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeigeführt werden (§ 15 Abs. 2 BImSchG).

Entsprechend § 10 Abs. 5 BImSchG wurden folgende Behörden zur Stellungnahme aufgefordert:

- Amt für Immissionsschutz Cottbus
- Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus
- Kreisverwaltung Cottbus-Land, Bauaufsicht
- Landesamt für Bauen, Bautechnik und Wohnen
- Technischer Überwachungs Verein Berlin-Brandenburg

Der Antrag und die eingereichten Unterlagen wurden von den o.g. Behörden geprüft. Bei der Prüfung wurden die allgemeinen Genehmigungsgrundsätze, insbesondere die Technischen Anleitungen zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft) und zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) beachtet.

IV

Begründung

Der vorgelegte Antrag und die beigelegten Unterlagen entsprechen den Anforderungen der §§ 3 und 4 der 9. BImSchV.

Die Prüfung des Antrages durch die beteiligten Fachbehörden ergab, daß keine prinzipiellen Bedenken gegen das Vorhaben hinsichtlich

- der von der Anlage ausgehenden Emissionen
luftverunreinigender Stoffe
- des Standes der Lärminderungstechnik
- der durch den Betrieb der Anlage entstehenden Reststoffe
- der Belange des Arbeitsschutzes

bestehen.

Da andere öffentlich-rechtliche Vorschriften diesem Vorhaben nicht entgegenstehen, war die beantragte Genehmigung mit den in Anlage 1 dieses Bescheides aufgeführten Nebenbestimmungen und in Anlage 2 gegebenen Hinweisen zu erteilen.

V

Die Genehmigung erlischt, wenn nicht

- a) innerhalb von einem Jahr mit der wesentlichen Änderung der Anlage begonnen und
- b) die Anlage innerhalb eines weiteren Jahres in Betrieb genommen wird

Ferner erlischt die Genehmigung, wenn die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben wird (§ 18 Abs. 1, Ziff. 2 BImSchG).

VI

Die Kosten des Verfahrens werden der Antragstellerin auferlegt.

Die Verwaltungsgebühr ist gemäß § 1 Abs. 1, § 2, § 11 Abs. 1 und § 14 Abs. 1 Gebührengesetz für das Land Brandenburg - (GebGBbg) - vom 18. Oktober 1991 (GVBl. Bbg. S. 452) in Verbindung mit § 1 und der Tarifstelle 1.1 der Anlage der Verwaltungsgebührenordnung für immissionsschutzrechtliche Angelegenheiten Land Brandenburg - (VwGebOImSchBbg) - vom 04.02.1992 (GVBl. Bbg. T. II Nr. 9, S. 68 vom 24.02.1992) zu erheben.

Bei der Gebührenfestsetzung ist die Höhe der Gesamtkosten von

62.650.000 DM zu berücksichtigen.

Die Gebühren nach Tarifstelle 1.1 der Anlage des Gebührentarifs für immissionsschutzrechtliche Angelegenheiten (Verwaltungsgebühren und Auslagen) betragen

insgesamt **157.625 DM**.

Die Gebührenrechnung ist als Anlage beigelegt.

VII

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift beim Landesumweltamt Brandenburg, Abteilung Immissionsschutz, Genehmigungsverfahrensstelle, Am Nordrand 45 in O-7500 Cottbus zu erklären.

Wenn Widerspruch schriftlich eingelegt wird, sollen drei Mehrfertigungen beigelegt werden.

Falls die Frist durch Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Im Auftrag

Warnatz

**Anlage 1
zum Genehmigungsbescheid
LUA-G 041/92**

Nebenbestimmungen (§ 12 BImSchG)

Allgemeines

1. Die Änderung und der Betrieb der Anlage hat nach den mit diesem Genehmigungsbescheid verbundenen Zeichnungen und Beschreibungen zu erfolgen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Nebenbestimmungen etwas anderes ergibt.

Maßgeblich sind die dem Genehmigungsbescheid angehefteten Antragsunterlagen, nämlich:

Ordner 1

- | | |
|--|---------|
| (01) Anschreiben KGG-Po/K1 an das LUA Bbg,
Außenstelle Cottbus vom 17.09.1992 | 2 Blatt |
| (02) Übersichtsbild A4 | 1 Blatt |
| (03) Inhaltsverzeichnis | 1 Blatt |

Kapitel 1

- | | |
|---|---------|
| (04) Formular 7, Blatt 1 und 2 | 2 Blatt |
| (05) Formular 2, Kessel B1/2 | 1 Blatt |
| (06) Formular 3, Kessel B1/2 Blatt 1 und 2 | 4 Blatt |
| (07) Formular 4 Kessel B1/2 (2 Blatt) einschl. einer
Beilage (Quellenplan, 1 Blatt) und 2 Anlagen
(2 Blatt) zum Formular 4 (Durchrechnung
Rauchgastrakt) | 5 Blatt |
| (08) Formular 5 | 1 Blatt |
| (09) Formular 6 Kessel B1/2 | 2 Blatt |

- (10) Formblätter zur Abwasser- und Abfallwirtschaft
 Inhalt (1 Bl.), Allgemeines (1 Bl.), B 1-3 (6 Bl.),
 Anhang 1 (2 Bl.), Anhang 2 (2 Bl.) 12 Blatt

Kapitel 2

- (11) Inhaltsverzeichnis 7 Blatt

Kapitel 3

- (12) Erklärung des Betriebsrates vom 24.05.1991 1 Blatt

Kapitel 4

- (13) Liegenschaftskarte M 1:5.000 1 Blatt
- (14) Übersichtskarte Amtsgemeinde Peitz M 1:25.000 1 Blatt
- (15) Karte KW Jänschwalde und Umgebung M 1:10.000
 einschl. Windhäufigkeitsverteilung 1 Blatt
- (16) Bestandskarte KW Jänschwalde Blatt 4 M 1:2.000 1 Blatt

Kapitel 5

- (17) DampfKV-Formular, Beschrbg. HDE 4.80 Kessel B1/2 10 Blatt

Kapitel 6

- (18) Anlagen- und Betriebsbeschreibung durch Konsortium
 Lentjes, EVT (je 7 Bl. für Kessel B1/2) 18 Blatt

Kapitel 7

- (19) Grundfließbild A4 1 Blatt
- (20) Feuerungsschema NOx-mindernde Primärmaßnahmen
 Kessel B1 Z.-NR. 7.52625/034-002/0 1 Blatt
- (21) Feuerungsschema NOx-mindernde Primärmaßnahmen
 Kessel B2 Z.-NR. 7.52626/034-002/0 1 Blatt

Kapitel 8

- (22) Meßstellen für Emission und Prozeßführung einschl.
Technologisches Schema Emissionsmessung Block B 2 Blatt

Kapitel 9

- (23) Aussagen zum Arbeitsschutz 8 Blatt

Kapitel 10

Maschinentechnische Anordnungszeichnungen Kessel B1

- (24) Anordnung Feuerung
Isometrische Ansicht
Z.-Nr. 7.52625/033-001/0 1 Blatt
- (25) Anordnung Feuerung
Grundriß-Schnitt ca. 48 m
Z.-Nr. 7.52625/033-002/0 1 Blatt
- (26) Anordnung Feuerung
Grundriß-Schnitt ca. 40 m
Z.-Nr. 7.52625/033-003/0 1 Blatt
- (27) Anordnung Feuerung
Grundriß-Schnitt ca. 14 m
Z.-Nr. 7.52625/033-004/0 1 Blatt
- (28) Anordnung Feuerung
Ansicht Stirnwand
Z.-Nr. 7.52625/033-005/0 1 Blatt
- (29) Anordnung Feuerung
Ansicht Rückwand
Z.-Nr. 7.52625/033-006/0 1 Blatt
- (30) Anordnung Feuerung
Ansicht rechte Seitenwand
Z.-Nr. 7.52625/033-007/0 1 Blatt
- (31) Anordnung Feuerung
Ansicht linke Seitenwand
Z.-Nr. 7.52625/033-008/0 1 Blatt
- (32) Anordnung Brenner
Seitenwand

- | | |
|--|---------|
| Z.-Nr. 7.52625/033-009/0 | 1 Blatt |
| (33) Anordnung Brenner
Vorder- u. Rückwand
Z.-Nr. 7.52625/033-010/0 | |
| | 1 Blatt |
| (34) Zusammenstellung Brüden-, Staubleitung für | |
| 1. Ecke 1 und 4 Z.-Nr. 0-207044-011/600-00-01G | 1 Blatt |
| 2. Ecke 2 und 5 Z.-Nr. 0-207044-011/600-00-02G | 1 Blatt |
| 3. Ecke 3 und 6 Z.-Nr. 0-207044-011/600-00-03G | 1 Blatt |
| (35) Anordnung u. Ausbildung der NOx-bedingten
Rohrausbiegungen am Kesseldruckkörper
Z.-Nr. 0-207044-001/000-00 | |
| | 1 Blatt |
| (36) Rezirkulationsgasleitung außerhalb
des Kesselhauses (M 1:200)
Z.-Nr. 1-207044-011/500-00-01G | |
| | 1 Blatt |
| (37) Kaltgasrezirkulation und Kaltgas
zu den Mühlen (M 1:75)
(linke Kesselseite)
Z.-Nr. 1-207044-011/500-00-02G | |
| | 1 Blatt |
| (38) Kaltgas Rezirkulation und Kaltgas
zu den Mühlen (M 1:75)
(rechte Kesselseite)
Z.-Nr. 1-207044-011/500-00-03G | |
| | 1 Blatt |

Ordner 2

Kapitel 10

Maschinentechnische Anordnungszeichnungen Kessel B2

- | | |
|--|---------|
| (39) Anordnung Feuerung
Isometrische Ansicht
Z.-Nr. 7.52626/033-001/0 | 1 Blatt |
| (40) Anordnung Feuerung
Grundriß-Schnitt ca. 48 m
Z.-Nr. 7.52626/033-002/0 | 1 Blatt |
| (41) Anordnung Feuerung
Grundriß-Schnitt ca. 40 m
Z.-Nr. 7.52626/033-003/0 | 1 Blatt |
| (42) Anordnung Feuerung
Grundriß-Schnitt ca. 14 m | |

Z.-Nr. 7.52626/033-004/0	1 Blatt
(43) Anordnung Feuerung Ansicht Stirnwand Z.-Nr. 7.52626/033-005/0	1 Blatt
(44) Anordnung Feuerung Ansicht Rückwand Z.-Nr. 7.52626/033-006/0	1 Blatt
(45) Anordnung Feuerung Ansicht rechte Seitenwand Z.-Nr. 7.52626/033-007/0	1 Blatt
(46) Anordnung Feuerung Ansicht linke Seitenwand Z.-Nr. 7.52626/033-008/0	1 Blatt
(47) Anordnung Brenner Seitenwand Z.-Nr. 7.52626/033-009/0	1 Blatt
(48) Anordnung Brenner Vorder- u. Rückwand Z.-Nr. 7.52626/033-010/0	1 Blatt
(49) Zusammenstellung Brüden-, Staubleitung für	
1. Ecke 1 und 4 Z.-Nr. 0-207045-011/600-00-01G	1 Blatt
2. Ecke 2 und 5 Z.-Nr. 0-207045-011/600-00-02G	1 Blatt
3. Ecke 3 und 6 Z.-Nr. 0-207045-011/600-00-03G	1 Blatt
(50) Anordnung u. Ausbildung der NO _x -bedingten Rohrausbiegungen am Kesseldruckkörper Z.-Nr. 0-207045-001/000-00	1 Blatt
(51) Rezirkulationsgasleitung außerhalb des Kesselhauses (M 1:200) Z.-Nr. 1-207045-011/500-00-01G	1 Blatt
(52) Kaltgasrezirkulation und Kaltgas zu den Mühlen (M 1:75) (linke Kesselseite) Z.-Nr. 1-207045-011/500-00-02G	1 Blatt
(53) Kaltgas Rezirkulation und Kaltgas zu den Mühlen (M 1:75)	

(rechte Kesselseite)

Z.-Nr. 1-207045-011/500-00-03G

1 Blatt

Kapitel 11

(54) Antrag auf Baugenehmigung

2 Blatt

(55) Erklärung Bauvorlageberechtigung

2 Blatt

(56) Baubeschreibung Kessel B1

7 Blatt

(57) Baubeschreibung Kessel B2

7 Blatt

Bauzeichnungen Kessel B1

(58) Fundamentbelastungsplan für Kesselgerüst (M 1.150)

Z.-Nr. 0-207044-003/001-00

1 Blatt

(59) Bühnenplan mit DENOX-Leitungen

Z.-Nr. 0-207044-004/001-00

1 Blatt

(60) Bühnenumbau i.H. 7,0 bis 18,0 m

Z.-Nr. 0-207044-004/020-00

1 Blatt

(61) Bühnenumbau i.H. 18,1 bis 30,0 m

Z.-Nr. 0-207044-004/021-00

1 Blatt

(62) Bühnenumbau i.H. 31,0 bis 51,0 m, einschl. ABL 2 -
Abstützung auf dem 46,0 m Dach

Z.-Nr. 0-207044-004/022-00

1 Blatt

(63) Aufhängung für Brenner und Zuteiler im
Seitenwandbereich

Z.-Nr. 0-207044-003/006-00

Bauzeichnungen Kessel B2

(64) Fundamentbelastungsplan für Kesselgerüst (M 1.150)

Z.-Nr. 0-207045-003/001-00

1 Blatt

(65) Bühnenplan mit DENOX-Leitungen

Z.-Nr. 0-207045-004/001-00

1 Blatt

(66) Bühnenumbau i.H. 7,0 bis 18,0 m

Z.-Nr. 0-207045-004/020-00

1 Blatt

- (67) Bühnenumbau i.H. 18,1 bis 30,0 m
Z.-Nr. 0-207045-004/021-00 1 Blatt
- (68) Bühnenumbau i.H. 31,0 bis 51,0 m, einschl. ABL 2 -
Abstützung auf dem 46,0 m Dach
Z.-Nr. 0-207045-004/022-00 1 Blatt
- (69) Aufhängung für Brenner und Zuteiler im
Seitenwandbereich
Z.-Nr. 0-207045-003/006-00

Kapitel 12

- (70) Anlagen- und Betriebsbeschreibung
Feuerraumüberwachungseinrichtung 1 Blatt
- (71) Anlage 1: Techn. Beschreibung des Lieferanten 22 Blatt
- (72) Anlage 2: Grundkonzept der Flammenüberwachung 1 Blatt
- (73) Anlagen- und Betriebsbeschreibung
Zündölbrennerumbau 1 Blatt
- (74) Anlage 1: Anlagenzustand vor dem Umbau 1 Blatt
- (75) Anlage 2: Geräteaufbau 1 Blatt
- (76) Anlage 3: Rohrleitungsverlegung 1 Blatt
- (77) Anlage 4: Kennzeichnung nach TRD 411 1 Blatt
- (78) Anlage 5: Erfüllungsstand zur TRD 411 1 Blatt

2. Diese Genehmigung oder eine beglaubigte Abschrift ist an der Betriebsstätte oder in der zugehörigen Verwaltung auf dem Werksgelände jederzeit bereitzuhalten und den zuständigen Überwachungsbehörden auf Verlangen vorzulegen.
3. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der durch diesen Bescheid erfaßten Anlage sind der Genehmigungsverfahrensstelle des Landesumweltamtes, Außenstelle Cottbus, dem Amt für Immissionsschutz Cottbus sowie dem Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige muß den Behörden zwei Wochen vor der beabsichtigten Inbetriebnahme vorliegen.
4. Dem Amt für Immissionsschutz Cottbus ist der Zeitpunkt der Stilllegung der Anlage oder von Anlagenteilen unaufgefordert schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige muß spätestens zwei Wochen vor der beabsichtigten Stilllegung vorliegen.

5. Der Anzeige zur beabsichtigten Stilllegung sind geeignete Unterlagen beizufügen, aus denen hervorgeht, daß
1. die Anlagen oder Anlagenteile, die zur ordnungsgemäßen Betriebseinstellung und/oder zur ordnungsgemäßen Beseitigung von Reststoffen erforderlich sind, solange betriebsbereit gehalten werden, wie dies zur Erfüllung der Pflichten nach § 5 Abs. 3 BImSchG notwendig ist,
- und daß
2. die für die ordnungsgemäße Stilllegung der Anlagen benötigten sachkundigen Arbeitnehmer sowie die für die Überwachung der Maßnahmen erforderlichen Personen bis zum Abschluß der Stilllegung weiter beschäftigt werden.

Bauaufsicht

6. Standsicherheitsnachweise und Ausführungsunterlagen sind zur statisch-konstruktiven Prüfung beim Landesamt für Bauen, Bautechnik und Wohnen, O-7500 Cottbus, Vetschauer Str. 13, Block III in 3-facher Ausfertigung rechtzeitig vor Prüfung vorzulegen. Etwa in "Grün" oder "Rot" eingetragene Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen sind bei der Bauausführung zu beachten. Bei Baubeginn müssen geprüfte statische Berechnungen in Übereinstimmung mit den Konstruktionsunterlagen auf der Baustelle vorliegen.
7. Die Bauausführung hat nach Maßgabe der genehmigten Pläne, Konstruktionszeichnungen und geprüften statischen Berechnungen zu erfolgen.
8. Mit der Ausführung des Vorhabens darf erst begonnen werden, wenn
- a) der Name des Bauleiters der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitgeteilt wurde,
 - b) der Bauherr den Baubeginn der Bauarbeiten der

Bauaufsichtsbehörde mindestens eine Woche vorher schriftlich mitgeteilt hat.

9. Bei der Bauausführung sind die am Bau Beteiligten im Rahmen ihres Wirkungsbereiches dafür verantwortlich, daß neben den allgemein anerkannten Regeln der Bautechnik die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und die auf Grund dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen eingehalten werden (§ 54 - 58 BauO).
10. Den mit der Überwachung von baulichen Anlagen amtlich beauftragten Personen ist jederzeit Zutritt zur Baustelle und Einblick in die mit der Durchführung des Bauvorhabens zusammenhängenden Unterlagen zu gewähren.
11. Die Fertigstellung ist der Bauaufsichtsbehörde 2 Wochen vorher anzuzeigen, um ihr eine Besichtigung des Bauzustandes zu ermöglichen.
12. Der Baubeginn und die abschließende Fertigstellung sind dem Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus und dem Bauordnungsamt Cottbus-Land anzuzeigen (§ 79 Abs. 3 BauO).

Dampfkesseltechnischer Teil

13. Der Auftragnehmer für die Druckteilumbauten muß dem Sachverständigen durch Verfahrensprüfungen nachweisen, daß er über Personal und Einrichtungen verfügt, die eine sachgerechte und dem Stand der Technik entsprechende Herstellung, Montage und Prüfung gestatten.
14. Die verwendeten Werkstoffe sind mit den notwendigen Prüfzeugnissen entsprechend den Anforderungen der Regeln der Technik zu belegen. Im Zweifelsfall ist die Art des erforderlichen Prüfzeugnisses mit dem Sachverständigen abzustimmen.
15. Für Anlagenteile der Feuerungsanlage, die Gegenstand der Umrüstungsmaßnahmen sind, sind die Anforderungen der TRD 411 und 413 einzuhalten.
16. Die Kohlenstaubzufuhr in den Feuerraum darf beim Anfahren nicht freigegeben und muß während des Betriebes in folgenden

Fällen unterbrochen werden:

1. bei Unterschreiten, ggf. zeitverzögert, der Mindestzuteilerdrehzahl, mit Ausnahme beim Anfahren
2. beim Ausfall der Verbrennungsluft
3. bei geschlossenen Absperreinrichtungen in den Kohlenstaubleitungen der zugehörigen Mühle
4. beim Ausfall der Steuerenergie für die Sicherheitseinrichtungen
5. bei nicht in Betrieb befindlicher Zünd-/Stützfeuerung und gleichzeitigem Unterschreiten einer zulässigen Mindestfeuerungsleistung
6. bei nicht hinreichend geöffnetem Abgasschieber oder Ausfall des Saugzuggebläses

In den Fällen 1 bis 3 ist ab Inbetriebnahme zu handeln, für die Fälle 4 bis 6 ist dem Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus der Termin der Handlungsmöglichkeit bekanntzugeben.

17. Bei folgenden Störursachen darf die Kohlenstaubzufuhr beim Anlauf nicht freigegeben und muß während des Betriebes unterbrochen und verriegelt werden:
 - beim Ansprechen von Begrenzern (z.B. für Wasserstand, Temperatur)
 - beim Ansprechen der Feuerraumüberwachungseinrichtung, sofern die Zündfeuerung nicht in Betrieb und überwacht ist bzw. bei Unterschreitung der Mindestfeuerungsleistung
 - beim Betätigen des Gefahrenschalters
18. Mit dem Sachverständigen nach § 24 c der Gewerbeordnung ist die Sicherheitszeit beim Erlöschen der Flamme festzulegen. Die festgelegte Sicherheitszeit ist in einem Schriftsatz dem Genehmigungsbescheid beizuheften.
19. Für die Änderungen an der Dampfkesselanlage, im besonderen für die Feuerraumüberwachungseinrichtung und den Umbau der Zündölfeuerung sind die Ausführungsunterlagen dem Sachverständigen zur Prüfung vorzulegen.

Dazu gehören insbesondere

- Anlagen- und Funktionsbeschreibungen einschließlich der

- Funktions- und Stromlaufpläne der sicherheitstechnisch erforderlichen Steuerungen,
- R- und I-Schemen,
 - Zulassungsbescheinigungen bauteilgeprüfter Einrichtungen.

Bei der Erarbeitung der Ausführungsunterlagen ist folgendes zu beachten:

Ansteuerungen mit Sicherheitsfunktion sollten von zuverlässiger Bauart sein und den Anforderungen der DIN VDE 0116 entsprechen. Die Sicherheitseinrichtungen sind weitgehend redundant oder selbstüberwachend auszuführen. Sie sind so zu gestalten, daß sie durch den schaltungstechnischen Aufbau nicht unwirksam werden. Die Sicherheitseinrichtungen sind grundsätzlich gerätetechnisch getrennt von der übrigen MSR-Ausrüstung auszuführen. Für die Signalübertragungen ist das Ruhestromprinzip zu bevorzugen. Die an den Schnittstellen zur Leittechnik an den Altanlagen auftretenden Abweichungen sind gesondert auszuweisen und zu bewerten. Abweichungen von den technischen Regeln sind im Einzelfall mit dem Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus abzustimmen.

20. Nach Realisierung der Druckteilmbauten ist eine Bau- und Wasserdruckprüfung durch den Sachverständigen vornehmen zu lassen.
21. Die Eignung der neu zu installierenden sicherheitstechnisch erforderlichen Steuer- und Überwachungsgeräte muß durch Bauteilprüfung oder durch Einzelprüfung nachgewiesen werden.
22. Bei einer Unterbrechung in den elektrischen Bauteilen und in den Leitungen der Sicherheitseinrichtungen muß ein Abschalten zur sicheren Seite hin erfolgen. Abweichungen von diesem Grundsatz sind über Störanalysen nachzuweisen und mit dem Sachverständigen abzustimmen.
23. Vor jeder Inbetriebnahme der Feuerung müssen die Rauchgaszüge des Kessels ausreichend durchlüftet werden. Die Betriebsanleitung des Herstellers ist hierbei zu beachten.
24. Nach Inbetriebnahme der Kohlenstaubfeuerung ist die Zündfeuerung bis zur stabilen Flammene Ausbildung der Kohlenstaubbrenner in Betrieb zu halten. Vor Außerbetriebnahme der Zündfeuerung muß die Feuerraumüberwachungseinrichtung für die Kohlenstaubbrenner wirksam sein.

25. Wird nach einer Störabschaltung der Feuerungsanlage oder einer Mahlanlage diese nicht kurzzeitig wieder in Betrieb genommen, so sind die Anlagenteile gegen Brand und Verpuffung (z.B. Ausräumen, Bedampfen, Inertisieren usw.) zu schützen.
26. Die Betriebsanweisungen für die Feuerungsanlage sind unter Berücksichtigung der sich aus den Umbaumaßnahmen ergebenden Anforderungen zu überarbeiten und dem Sachverständigen vor Inbetriebnahme vorzulegen.
Die Betriebsanweisung für das Bedienungspersonal muß enthalten:
- ein Anordnungsschema der Bekohlungs-, Mahl- und Feuerungsanlage
 - eine Prüfanweisung für die Feuerraumüberwachungseinrichtung
 - die Vorschriften für die Wartung der Anlage
 - die Vorschriften für die In- und Außerbetriebnahme der Bekohlungs-, Mahl- und Kohlenstaubfeuerungsanlage
 - die Maßnahmen, die bei Störungen oder Gefahr zu ergreifen sind
27. An geeigneten Stellen der Dampfkesselanlage müssen Schauöffnungen angebracht sein, durch welche die Zündflamme und Hauptflamme beobachtet werden können.
28. Alle Betriebsräume müssen von Kohlenstaub weitgehend freigehalten werden. Kohlenstaubansammlungen sind zu beseitigen. Hierbei sind Aufwirbelungen von Kohlenstaub zu vermeiden.
29. Die Funktionstüchtigkeit der Regel-, Steuer-, Sicherheits- und Überwachungseinrichtungen ist mit dem zuständigen Sachverständigen und dem Hersteller der Anlage abzustimmen und in angemessenen Zeitabständen zu überprüfen. Mängel an Einrichtungen, die sicherheitstechnische Aufgaben erfüllen, sind umgehend zu beheben. Die Ergebnisse der Überprüfungen sind in einem Prüfbuch einzutragen. Das Prüfbuch ist auf Verlangen der Aufsichtsbehörde vorzulegen.
30. Vor Inbetriebnahme der Dampfkesselanlage ist für den Änderungsumfang ein Funktionsprobenprogramm zu erarbeiten und dem Sachverständigen vorzulegen. Die Art der Nachweisführung der Funktionsproben ist mit dem Sachverständigen abzustimmen.
31. Die Dampfkesselanlage darf nach der wesentlichen Änderung erst wieder in Betrieb genommen werden, nachdem der Sachverständige

sie geprüft und über das Ergebnis der Prüfung eine Bescheinigung erteilt hat.

Die Fristen für die wiederkehrende Prüfung werden durch die Abnahmeprüfung nach der wesentlichen Änderung nicht beeinflußt.

32. Die Ergebnisse der Erprobung der Dampfkesselanlage nach erfolgter wesentlicher Änderung sind in einem Abschlußbericht zusammenzufassen und dem Sachverständigen vorzulegen.

Arbeitsschutz

33. Der Bauherr hat die Auftragnehmer zu verpflichten, vor Arbeitsaufnahme auf der Baustelle die angewandten Arbeitsverfahren und Geräte sowie die Zahl der eingesetzten Arbeitnehmer der zuständigen Aufsichtsbehörde mitzuteilen.
34. Für die Überwachung der Bauarbeiten ist eine Aufsichtsperson (Koordinator) vom Bauherrn schriftlich zu bestellen. Der verantwortliche Bauleiter oder dessen Stellvertreter sowie die Fremdfirmen dürfen Entscheidungen, die für die Arbeitssicherheit von Bedeutung sind, nur im Einvernehmen mit dem Koordinator treffen.
35. Die Bühnen und Podeste an den Kesselanlagen und Emissionsmeßstellen sind während des Umbaus und während des Betriebes der Anlagen jederzeit funktionsfähig zu erhalten. Notwendige Demontagen, z.B. an Geländern, müssen zur sofortigen Sperrung des Abschnittes oder zur unverzüglichen Anbringung geeigneter Absturzsicherungen führen, sofern eine Absturzhöhe von 1,00 m überschritten wird. Die Höhe der erforderlichen Umwehrungen muß mindestens 1,00 m, bei möglichen Absturzhöhen von mehr als 12 m mindestens 1,10 m betragen.
36. Für die Dauer der Bauzeit ist eine Baustellenordnung zu erstellen und für alle an der Bauausführung beteiligten Firmen für verbindlich zu erklären. Die Baustellenordnung muß mindestens eine Woche vor Baubeginn erstellt sein und soll insbesondere folgende Angaben beinhalten:
- Zugang zur Baustelle und Verkehr auf dem Baustellengelände
 - Zusammenarbeit mit der Bauleitung
 - Baustelleneinrichtung und Arbeitsplätze
 - Bau- und Montageausführung

- Angaben zur Ersten Hilfe

37. Der Bauherr hat den Auftragnehmer zu verpflichten, daß die Aufgaben sowie die Weisungsbefugnis der hauptamtlichen Sicherheitsinspektoren festgelegt werden.
Die Zusammenarbeit mit dem Koordinator ist hierbei zu regeln.
38. Den mit Kontroll- und Wartungsarbeiten innerhalb des Kesselhauses beschäftigten Arbeitnehmern sind geeignete Gehörschutzmittel zur Verfügung zu stellen, bei deren Auswahl der Schalldruckpegel und die Frequenz der Geräusche zu berücksichtigen sind. Die Arbeitnehmer sind anzuhalten, diese zu tragen.
39. Die Stützen für Rohrleitungen und Kanäle sind mit einem Anfahrerschutz zu versehen, soweit sie sich in Verkehrsbereichen befinden.
40. Beim Arbeiten in mehreren Ebenen übereinander sind durch geeignete Maßnahmen wie Fangnetze, Abschirmungen und Einhausungen solche Bedingungen zu schaffen, daß eine gegenseitige Gefährdung von Arbeitnehmern nicht eintritt. Im Rahmen der Demontage sind die Arbeits- und Transportbereiche eindeutig erkennbar und stabil abzugrenzen, um ein unbefugtes Betreten zu verhindern.
41. Die Verlegung der elektrischen Leitungen für die Arbeitsplatzbeleuchtung und für handgeführte Geräte im Bauzeitraum muß so erfolgen, daß Arbeitsunfälle und Gefährdungen ausgeschlossen werden.
42. Der Lastenaufzug für Materialtransporte am Block B ist während der Umbauzeit als Führaufzug zu betreiben und ist während der Arbeitszeit durchgehend zu besetzen.
43. Für die Materialtransportbewegungen in die verschiedenen Ebenen der Kessel ist eine zusätzliche Vertikaltransporteinrichtung einschließlich Bedienung zu schaffen, die im gesamten Bauzeitraum funktionstüchtig bereitsteht.
44. In den oberen Ebenen des Kesselhauses sind mindestens drei von innen abschließbare Toiletten zur Verfügung zu stellen.
45. Die Forderungen der Arbeitszeitordnung (AZO) sind unter Beachtung der gültigen tarifvertraglichen Regelungen durchzusetzen.
 - Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten (§ 3 AZO).
 - Abweichende Regelungen sind beim Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus zu beantragen.
 - Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren.
 Den Arbeitnehmern sind die nach AZO festgelegten Ruhepausen zu gewährleisten. Die Pausenzeiten sind im Arbeitszeitaushang festzulegen.

Brandschutz

46. Aus der Sicht des Brandschutzes ist ein übergeordnetes Brandschutzkonzept zu erarbeiten und entsprechend dem Erfordernis zu konkretisieren. Das Brandschutzkonzept ist mit der Kreisverwaltung Cottbus-Land abzustimmen.

Während der Bauphase sind

- die Brandbekämpfungsabschnitte zu sichern und eine Evakuierung zu gewährleisten.
- die Flucht- und Evakuierungswege ständig freizuhalten
- die Stellen der Löschgeräte sowie der Löschwasserentnahme ständig freizuhalten.
- die Zu- und Durchfahrt der Feuerwehr zu gewährleisten

Immissionsschutz

47. Die durch die Genehmigung erfaßte Anlagenänderung hat unter Beachtung der dem derzeitigen Stand der Technik entsprechenden fortschrittlichen Lärminderungsmaßnahmen nach Ziffer 2.31 der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) zu erfolgen. Die Anlagenänderung, einschließlich aller Nebeneinrichtungen (z.B. Maschinen, Geräte, Saugzüge, Fahrzeuge) ist so durchzuführen, daß die hierdurch verursachten Geräusche - gemessen und gerechnet nach Ziffer 2.4. ff TA Lärm - bei keinem Betriebszustand zu einer Überschreitung der gebietsbezogen zu betrachtenden Immissionsrichtwerte nach Ziffer 2.321 TA Lärm beitragen.

Folgende Immissionsgrenzwerte jeweils vor dem ersten Wohnhaus der nächstgelegenen Wohnbebauung dürfen nicht überschritten werden:

Immissionsort	Immissionsgrenzwert in dB(A)	
	Tag	Nacht
1. Wohnhäuser Ortsrand Heinersbrück	55	40
2. Wohnhäuser Ortsrand Radewiese	55	40
3. Wohnhäuser Heinersbrück Anbau	60	45

4. Wohnhäuser		
Heinersbrück Anbau (Richtung Jänschwalde)	60	45
5. Wohnhäuser		
am Bahnhof Peitz-Ost	60	45

Der Nachweis ist durch Messungen gemäß Nebenbestimmung 10 des Genehmigungsbescheides LUA-G 014/91 vom 21.08.1992 im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Rauchgasentschwefelungsanlagen zu führen.

48. Beim Betrieb der Kessel B1 und B2 mit Rohbraunkohle und schwerem Heizöl sind in den Abgasen, gemessen jeweils nach den im technologischen Schema Emissionsmessung (Nr. 8 der Antragsunterlagen) beschriebenen Rauchgasklappen und vor dem Eintritt der Abgase in die mit Y1 bezeichnete Quelle, folgende Massenkonzentrationen, jeweils bezogen auf den Normzustand trocken (273 K, 1013hPa) und einem Volumengehalt an Sauerstoff von 6 v. H. nicht zu überschreiten:

Emissionsbegrenzung
in mg/m³

Kohlenmonoxid	250
Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, bezogen auf Stickstoffdioxid	200

Diese Werte gelten ab dem 01.07.1996.

Im weiteren bleiben die Bestimmungen des Genehmigungsbescheides LUA-G 014/91 vom 21.08.1992 hiervon unberührt.

49. Bei Ausfall technischer Einrichtungen zur Begrenzung der Stickstoffoxidemissionen, die zu einer Überschreitung der in Nebenbestimmung 48 festgelegten Emissionsbegrenzung führt, darf die Feuerungsanlage des jeweiligen Kessels weiter betrieben werden, wenn die Ausfallzeiten 72 aufeinander folgende und innerhalb eines Kalenderjahres 240 Stunden nicht überschreiten.

Anfahrzeiten bleiben von der Beurteilung gemäß

Nebenbestimmung 53 unberücksichtigt.

50. Die Abgase der Kessel B1 und B2 sind über einen Schornstein (Quelle Y1 gemäß Antragsunterlagen) mit folgenden Abmessungen abzuleiten:

Höhe über Erdboden	300 m
Austrittsfläche	153,9 m ²

Im weiteren bleiben die Bestimmungen des Genehmigungsbescheides LUA-G 014/91 vom 21.08.1992 hiervon unberührt.

51. Beim Betrieb der Feuerungsanlagen der Kessel B1 und B2 ist für die Abgase an der Schornsteinmündung eine Temperatur von mindestens 345 K (72 °C) einzuhalten.

Im weiteren bleiben die Bestimmungen des Genehmigungsbescheides LUA-G 014/91 vom 21.08.1992 hiervon unberührt.

52. Die Kessel B1 und B2 sind zur fortlaufenden Überwachung der Emissionen mit Meßeinrichtungen auszurüsten, die

die Massenkonzentrationen an

- Staub
- Kohlenmonoxid
- Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, angegeben als Stickstoffdioxid
- Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid

- und den Schwefelemissionsgrad

sowie die nachfolgenden Betriebsgrößen

- Sauerstoffgehalt des Abgases
- die Abgastemperatur
- die Leistung der Anlage

jeweils kontinuierlich ermitteln und aufzeichnen, gemäß eines mit dem Amt für Immissionsschutz abzustimmenden Meßprogramms.

Liegt der NO₂-Anteil an der Stickstoffoxidemission unterhalb von 5 %, so kann auf die Messung des NO₂ verzichtet werden.

Die gemessene Stickstoffmonoxidkonzentration wird auf Stickstoffdioxid umgerechnet und der bei der Kalibrierung ermittelte Stickstoffdioxidgehalt im Rauchgas rechnerisch berücksichtigt. Bei einem gemessenen NO₂-Anteil von mehr als 5 vom Hundert ist mit dem Amt für Immissionsschutz Cottbus die weitere Ermittlung abzustimmen.

53. Die Emissionsgrenzwerte gelten als eingehalten, wenn die Auswertung der Ergebnisse der in Nebenbestimmung 52 geforderten Überwachung ergibt, daß innerhalb eines Kalenderjahres

- a) sämtliche Tagesmittelwerte den jeweiligen Emissionsgrenzwert,
- b) 97 vom Hundert aller Halbstundenmittelwerte Sechsfünftel des jeweiligen Emissionsgrenzwertes und
- c) sämtliche Halbstundenmittelwerte das Zweifache des jeweiligen Emissionsgrenzwertes

nicht überschreiten.

Die Werte aus Nebenbestimmung 49 sind von der Beurteilung gemäß Nebenbestimmung 53 ausgeschlossen.

54. Über die Ergebnisse der kontinuierlichen Messungen gemäß Nebenbestimmung 52 dieses Bescheides sind Meßberichte zu erstellen und dem Amt für Immissionsschutz Cottbus innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres unaufgefordert vorzulegen.

55. Die Aufzeichnungen der kontinuierlichen Meßgeräte sind über einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren aufzubewahren und dem Amt für Immissionsschutz Cottbus auf Verlangen vorzuweisen.

56. Zur kontinuierlichen Ermittlung der Massenkonzentrationen von Luftschadstoffen dürfen nur Meßgeräte eingesetzt werden, die in den Rundschreiben des BMU als geeignet bekanntgegeben werden. (RdSchr. d. BMU v. 07.11.1990 - GMBL. 1990, S. 230; RdSchr. d. BMU v. 07.11.1990 S. 860; sowie zwischenzeitlich erfolgte Ergänzungen, veröffentlicht im GMBL).

Das Meßkonzept und die Wahl der Meßgeräte sind mit dem Amt für Immissionsschutz Cottbus gemäß Immissionsschutzzuständigkeitsverordnung des Landes Brandenburg vom 26.08.1991 (GVBl. Brandenburg Nr. 26 vom 13.09.1991) abzustimmen.

57. Das Emissionsüberwachungssystem (ZEUS) muß den Richtlinien über die Auswertung von Emissionsmessungen (RdSchr. d. BMU v. 26.07.1988, S.426; ergänzt durch RdSchr. d. BMU v. 01.03.1990 - GMBL 1990, S. 226) entsprechen.

58. Die Meßeinrichtungen sind von einer durch die zuständige oberste Landesbehörde bekanntgegebenen Stelle zu kalibrieren

und einmal jährlich auf Funktionsfähigkeit zu prüfen. Die Kalibrierung der Meßeinrichtungen ist im Abstand von 3 Jahren zu wiederholen. Die Berichte über das Ergebnis der Kalibrierung und der Prüfung der Funktionsfähigkeit sind dem Amt für Immissionsschutz Cottbus innerhalb von vier Wochen vorzulegen.

Gemäß Nr. 3.2.3.7 Abs. 3 TA Luft ist für eine regelmäßige Wartung und Prüfung der Funktionsfähigkeit zu sorgen.

59. Die Anordnung aller Meßstellen für die kontinuierlichen Messungen sowie für die erstmaligen und wiederkehrenden Einzelmessungen ist mit dem Sachverständigen und dem Amt für Immissionsschutz Cottbus abzustimmen. Die Einrichtung der Meßstellen muß technisch einwandfreie und gefahrlose Emissionsmessungen gewährleisten, die Empfehlungen der VDI-Richtlinie 2066, Blatt 1 sind zu berücksichtigen.
60. Die kontinuierliche Emissionsmessung ist bis zum 30.06.1993 zu realisieren.

Reststoffe

61. Die Mineralfaserabfälle und der unbelastete Bauschutt sind für ein späteres Recycling getrennt vorzuhalten.
62. Der verunreinigte Bauschutt ist nach Erstellung der Deklarationsanalyse entsprechend der Abfall- und Reststoffüberwachungsverordnung (BGBl I S. 648) vom 03.04.1990 zu entsorgen.
63. Der bei der Änderung der Anlage anfallende Stahl ist der Wiederverwertung zuzuführen.

Anlage 2
zum Genehmigungsbescheid
LUA-G 041/92

Hinweise

1. Die Errichtung und der Betrieb der Anlage sind insbesondere unter Berücksichtigung folgender Rechtsvorschriften, Technischen Regeln und sonstigen Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung durchzuführen:
 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.06.1992 (BGBl. I S.1161)
 - 5. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionsschutzbeauftragte - 5. BImSchV) vom 31.05.1985 (BGBl. I S. 1610)
 - 11. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Emissionserklärungsverordnung - 11. BImSchV) vom 12.12.1991
 - 13. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Großfeuerungsanlagen - 13. BImSchV) vom 22.06.1983 (BGBl. I S.719)
 - Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum BImSchG (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft - TA Luft) vom 27. Februar 1986
 - Verordnung über Dampfkesselanlagen (Dampfkesselverordnung - DampfkV) vom 27.02.1980 (BGBl. I S.173) in der z. Z. gültigen Fassung - mit den dazugehörigen technischen Regeln für Dampfkessel - TRD - insbesondere TRD 413 (Kohlenstaubfeuerungen an Dampfkesseln), TRD 500 (Prüfung von Dampfkesselanlagen) und TRD 601 Blatt 1 und 2 (Betrieb von Dampfkesselanlagen).
 - Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung - ArbStättV) vom 20.03.1975 (BGBl. I S.729), geändert durch Verordnung vom 01.08.1983 (BGBl. I S. 1057), in Verbindung mit den entsprechenden Arbeitsstättenrichtlinien (ASR)
 - Arbeitszeitordnung (AZO) vom 30.04.1938 (RGBl. I S. 447),

zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.03.1975 (BGBl. I S. 685)

- Unfallverhütungsvorschriften, Merkblätter des Hauptverbandes der Berufsgenossenschaften
- Gesetz über die Bauordnung vom 13.08.1990 GSBl. I Nr. 50
- Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE-Vorschriften)
- DIN VDE 0116 Elektrische Ausrüstung von Feuerungsanlagen
- DIN 4102 - Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen Teil 1 - 7
- Allgemeine Blitzschutzbestimmungen des Ausschusses für Blitzableiterbau

Bezüglich des BImSchG wird insbesondere auf die nachfolgend genannten Bestimmungen verwiesen:

2. Gemäß § 15 BImSchG bedarf die wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage der Genehmigung. Die Genehmigung ist auch erforderlich, wenn aufgrund anderer behördlicher Entscheidungen (Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Befreiungen usw.) wesentliche Änderungen der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der durch diesen Bescheid genehmigten Anlage notwendig werden.
3. Der Betreiber der Anlage ist gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG verpflichtet, der Genehmigungsbehörde nach Ablauf von jeweils zwei Jahren mitzuteilen, ob und welche Abweichungen vom Genehmigungsbescheid einschließlich der in Bezug genommenen Unterlagen eingetreten sind.
4. Vor Einführung der Kaltgasrezirkulation sind die noch erforderlichen Bauunterlagen bei der zuständigen Behörde zur Prüfung einzureichen.
5. Dem zuständigen Sachverständigen nach § 24 DampfkV ist zu jeder Zeit, auch wenn der Kessel nicht in Betrieb ist, Zutritt zu der Anlage zu verschaffen (§ 24b GewO).
6. Unfälle und Schadensfälle sind der zuständigen Überwachungsbehörde unverzüglich anzuzeigen (§ 28 DampfkV). Die Anzeigepflicht an die zuständige Berufsgenossenschaft bleibt davon unberührt.
7. Die Dampfkesselanlage darf nicht betrieben werden, wenn sie Mängel aufweist, durch die Beschäftigte oder Dritte gefährdet

werden (§ 25 DampfkV).

8. Instandsetzungsarbeiten, welche die Sicherheit der Dampfkesselanlage beeinträchtigen können, sind dem Sachverständigen vor Aufnahme der Arbeit anzuzeigen (§ 21 DampfkV).
9. Auf die Ahndungsmöglichkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie auf die angedrohten Freiheitsstrafen (§ 62 BImSchG und §§ 325, 327 und 330 StGB) wird hingewiesen. Sollte der Anlagenbetrieb ohne Erfüllung der für den Betrieb festgesetzten Bedingungen aufgenommen werden, so käme dies einem ungenehmigten Betrieb gleich und würde eine Straftat des § 327 Abs. 2 StGB darstellen.